

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG, LANDESAMTSDIREKTION

Postanschrift 1014 Wien, Postfach 6

Fernschreibnummer 13 4145, Telefax (0 22 2) 531 10 2060

Parteienverkehr: Dienstag 8 - 12 Uhr und 16 - 19 Uhr

Wien 1, Herrngasse 11 - 13

zu erreichen mit:

U 3 (Haltestelle Herrngasse)

2A, 3A (Haltestelle Michaelerplatz)

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014

An das
Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1014 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 14	-GE/19 P3
Datum: 3 1. MRZ. 1993	
Verteilt 2. April 1993	

Beilagen

LAD-VD-6601/34

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Bezug

600.982/0-V/2/92

Bearbeiter

Dr. Staudigl

(0 22 2) 531 10

Durchwahl

Datum

30. März 1993

Betrifft

Änderung des Agrarverfahrensgesetzes 1950

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, zu dem übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Agrarverfahrensgesetz 1950 geändert wird, mitzuteilen, daß grundsätzlich keine Einwendungen bestehen.

In Z. 4 des Entwurfes (§ 7a Abs. 4) sollte das Wort "Grundabfertigungen" richtigerweise durch das Wort "Grundabfindungen" ersetzt werden.

In Z. 5 des Entwurfes (§ 8 Abs. 3) sollte der Begriff "Geldausgleichung" in der Mehrzahl verwendet und das Wort "Vermarktung" richtigerweise durch das Wort "Vermarkung" ersetzt werden. Ebenso sollte der neu hinzukommende Begriff "und Maßnahmen" entsprechend der in den Landesgesetzen der Länder Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg bereits bestehenden Begriffe so eingefügt werden, daß der neue Begriff "gemeinsame Maßnahmen und Anlagen" lautet.

In Z. 6 des Entwurfes (§ 9 Abs. 2) sollte es übereinstimmend mit § 66 Abs. 2 AVG richtig "Behörde erster Instanz" lauten.

- 2 -

Über den vorliegenden Entwurf hinaus wird schließlich noch angeregt, in § 7 Abs. 2 die bisher bestehende Verpflichtung, wonach die Verständigungen über die Erlassung von Bescheiden zusätzlich zur Zustellung an die Parteien auch noch an der Amtstafel der Agrarbehörde und den Amtstafeln der Gemeinden kundzumachen sind, ersatzlos entfallen zu lassen.

Als Grund für diese Änderung wird angeführt, daß der Kundmachung keinerlei rechtliche Bedeutung zukommt, die Behörde könnte sich auch bei etwa unterlaufenen Zustellmängeln nicht auf die Kundmachung berufen. Durch diese Kundmachung wird ein nicht unbeträchtlicher Verwaltungsaufwand erzeugt, ohne daß diesem Vorgang verfahrensrechtliche Relevanz zukäme.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung
Dr. P r ö l l
Landeshauptmann

- 3 -

LAD-VD-6601/34

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen
(zu Händen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer
5. an das Büro des Bundesministers für Föderalismus und
Verwaltungsreform

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung

Dr. P r ö l l

Landeshauptmann

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung



